DIE open access

Schlagwörter

Weiterbildung, Bildungspolitik, Lesefähigkeit, Informationsgesellschaft, Weiterbildungsinteresse, Erwachsener, Elementarbildung, Bildungsangebot, Altenbildung, Bildungsforschung, Digitalisierung, Bildungsfinanzierung

weiter bilden
DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung

Karin Prien
(corresponding author: Karin Prien), Josef Schrader, & Peter Brandt

»Nur Zusammenarbeit bringt uns vorwärts.«

weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung 32 (3)
Seiten: 14–18
Erschienen: November (Bielefeld: wbv Publikation) Erschienen Open Access: 10. November 2025 (Bonn: DIE)
Zeitschriftenaufsatz
deutsch

Zitierempfehlung
Prien, K., Schrader, J. & Brandt, P. (2025). »Nur Zusammenarbeit bringt uns vorwärts.«.
weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung 32 (3), 14–18.
http://www.die-bonn.de/id/42357

Lizenz
CC-Lizenz BY-SA 3.0/4.0 deutsch

Identifier
http://www.die-bonn.de/id/42357

Reviewstatus
offene Begutachtung durch einen Fachbeirat

Leibniz Gemeinschaft

»Nur Zusammenarbeit bringt uns vorwärts.«

WEITER BILDEN spricht mit KARIN PRIEN

Im Mai 2025 wurde Karin Prien (CDU) zur Bundesministerin für das neu gegründete Ministerium für Bildung, Forschung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend ernannt. Erstmals vereint ein Bundesministerium alle Bildungsetappen von der frühen Kindheit bis ins Alter und ermöglicht so eine durchgängige Perspektive auf lebenslanges Lernen. Über ihre Pläne und deren Bedeutung für die Erwachsenen- und Weiterbildung sprachen mit ihr die Herausgeber Prof. Dr. Josef Schrader und Dr. Peter Brandt.

WEITER BILDEN: Sie waren in Ihrer politischen Laufbahn bereits mehrfach als Ministerin mit Bildungsfragen betraut, Sie sind stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Sie stammen aus einer von den Nationalsozialisten verfolgten Familie, und Sie sind Juristin: Welche Lebens- und Berufserfahrungen und welche Werte können und wollen Sie in Ihre neue Aufgabe einbringen?

KARIN PRIEN: Bildung war und ist für mich immer mehr als ein politisches Ressort – sie ist ein zentrales Fundament unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Aus meiner Biografie weiß ich um den Stellenwert von Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Als Juristin habe ich gelernt, wie sehr Recht, Verantwortung und Freiheit miteinander verwoben sind. Ich bin der tiefen Überzeugung, dass Bildung eine entscheidende Rolle dabei spielt, Menschen zu kritischem Denken und zu mündigem Handeln zu befähigen.

Gute Bildung ist die Voraussetzung für ein erfülltes Leben, gesellschaftliche Teilhabe und Beschäftigungsfähigkeit. Aber sie ist noch mehr: Sie stärkt das Urteilsvermögen, fördert Eigenverantwortung und macht uns widerstandsfähig gegen populistische Vereinfachungen. Wenn wir die Bildung stärken, dann stärken wir zugleich den gesellschaftlichen Zusammenhalt, unsere wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit und unsere wehrhafte Demokratie. Diese Ziele leiten mich – und sie werden mein Handeln auch in der Aufgabe als Bundesbildungsministerin prägen.

Wir kennen Sie als eine Bildungspolitikerin, die Forschungsbefunde als Ausgangspunkte für Politikgestaltung nimmt. Welche Befunde, die Bildung und das Lernen Erwachsener betreffend, treiben Sie besonders an?

Die PIAAC-Studie der OECD hat uns gezeigt, dass Erwachsene in Deutschland über gute Grundkompetenzen verfügen. Im Durchschnitt liegt die Lese- wie auch die alltagsmathematische Kompetenz über dem internationalen Mittel. Doch gleichzeitig sehen wir mit Sorge, dass der Anteil der Personen mit sehr geringen Lesekompetenzen zugenommen hat. Diese Menschen können oft nur einfache Sätze lesen und verstehen – sie sind besonders vulnerabel und laufen Gefahr, in unserer Wissensgesellschaft abgehängt zu werden.

»Daten ernst nehmen, früh handeln und Bildungsangebote gezielter steuern.«

Auffällig ist auch der nach wie vor starke Einfluss des Elternhauses: Haben Eltern ein niedriges Bildungsniveau, besteht für deren Kinder – auch noch im Erwachsenenalter – ein erhöhtes Risiko, selbst nur geringe Kompetenzen zu erwerben. Diesen Zusammenhang kennen wir bereits aus der PISA-Studie, und wir sehen nun, dass sich dieser Bildungsnachteil im Lebensverlauf häufig verfestigt.

Deshalb ist es umso wichtiger, möglichst früh mit Bildung anzusetzen – in der Familie, in der Kita und in anderen frühkindlichen und informellen Bildungskontexten.

Ein zentrales Vorhaben meiner Amtszeit ist deshalb die Einführung verpflichtender Sprachstands- und Entwicklungsdiagnostik und Förderung für alle Kinder im Alter von vier Jahren – bundesweit und einheitlich. Nur wenn wir frühzeitig wissen, wo ein Kind steht, können wir gezielt fördern, bevor sich Rückstände verfestigen. Denn Sprachkompetenz ist der Schlüssel für alle weiteren Bildungsprozesse.

Darüber hinaus werden wir mit dem Startchancen-Programm, das wir gemeinsam mit den Ländern umsetzen, genau dort ansetzen, wo der Handlungsdruck am größten ist: in Schulen mit einem hohen Anteil sozio-ökonomisch benachteiligter Schülerinnen und Schüler.

Und wir werden die Nationale Weiterbildungsstrategie weiterentwickeln, um auch Erwachsenen jederzeit die Möglichkeit zu geben, Grundkompetenzen auszubauen und den Anschluss nicht zu verlieren – gerade in Zeiten des digitalen und wirtschaftlichen Wandels.

Unser Ziel ist klar: Jedes Kind und jeder Erwachsene soll die Chance bekommen, die eigenen Potenziale auszuschöpfen – unabhängig von Herkunft und sozialem Status. Dafür müssen wir Daten ernst nehmen, früh handeln und Bildungsangebote gezielter steuern.

Wo sehen Sie die deutsche erwachsene Bevölkerung im Blick auf Grundkompetenzen gut aufgestellt? Was können wir aus der 2026 auslaufenden Alpha-Dekade lernen, auch im Hinblick auf ein mögliches Folgeformat?

Wie bereits erwähnt, lässt die PIAAC-Studie erkennen, dass bei uns in Deutschland jeder fünfte Erwachsene nur auf niedrigstem Niveau lesen und rechnen kann. Das sind mehr als zehn Millionen Menschen, die oft nur schwer im Alltag zurechtkommen und meist in einfachen Helferjobs arbeiten. Wenn wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit stärken wollen, müssen

wir diesen Erwachsenen neue Bildungschancen geben.

Die Nationale Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung oder kurz: AlphaDekade hat gezeigt, dass die enge Zusammenarbeit von Bund und Ländern ein Schlüssel zum Erfolg ist. Wir erarbeiten im Ministerium gerade ein Konzept, wie wir diesen Weg auch in Zukunft weitergehen können; so wie es auch im Koalitionsvertrag steht, mit einer neuen Bund-Länder-Initiative zur Förderung von Grundbildung bei Erwachsenen.

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist für mich die Weiterbildungsbeteiligung. Jeder zweite Erwachsene auf hohen PIAAC-Kompetenzstufen nimmt an Weiterbildung teil. Bei den Erwachsenen auf niedrigen Kompetenzstufen ist es jedoch nur jeder vierte. Es muss uns daher noch besser gelingen, gering literalisierte Erwachsene zu motivieren, Weiterbildungsangebote wahrzunehmen. In zahlreichen Modellprojekten der AlphaDekade zur arbeitsorientierten Grundbildung haben wir gezeigt, wie das gelingen kann. Jetzt kommt es darauf an, diese Modelle weiter in Angeboten der Arbeitsförderung und der betrieblichen Weiterbildung zu verankern.

Gefreut habe ich mich, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler uns bestätigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dass Initiativen wie die AlphaDekade wirken. Belege dafür finden sich im Vergleich von PIAAC 2012 und PIAAC 2023. Deutschland ist beim Anteil der Erwachsenen mit geringer Grundbildung zwar nicht besser geworden, aber auch nicht schlechter, und das trotz Zuwanderung, Pandemie und einer herausfordernden Wirtschaftslage. Anderen Ländern ist dies nicht gelungen; sie schneiden deutlich schlechter ab als noch vor zehn Jahren.

Jetzt kommt es darauf an, dass alle, die für die Grundbildung Erwachsener Verantwortung tragen, sich gemeinsam das Ziel setzen, die Strukturen der Grundbildung zu stärken. Nur diese Zusammenarbeit bringt uns vorwärts.

Ihre Vorgängerin Bettina Stark-Watzinger hat – zusammen mit ihrem damaligen Kollegen Hubertus Heil – die »Weiterbildungsrepublik« beschworen. Im Koalitionsvertrag ist davon nicht mehr die Rede, dafür von einer »Weiterbildungsoffensive«. Welche neuen Akzente wollen Sie in der Weiterbildungspolitik auf Bundesebene setzen?

»Verstärkte Qualifizierung von Weiterbildungsmentoren«

Weiterbildung ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und die Förderung beruflicher Chancen. Betrieben ermöglicht sie, das Fachkräftepotential auszuschöpfen, wettbewerbsfähig zu bleiben und Mitarbeitende zu binden. Der Bund unterstützt die Weiterbildung von Beschäftigten, die zunächst in Verantwortung der Unternehmen liegt, durch geeignete Fördermaßnahmen und Rahmenbedingungen. Mit dem Qualifizierungschancengesetz oder dem Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung hat der Bund die Weiterbildung von Beschäftigten in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut. Der Handlungsbedarf besteht allerdings nicht so sehr auf Grund gravierender Finanzierungslücken – vielmehr müssen Bekanntheit und Übersichtlichkeit der Fördermöglichkeiten verbessert werden. Das gilt für alle Bereiche der berufsbezogenen Weiterbildung.

Daher ist es gut, dass wir mit der Nationalen Weiterbildungsstrategie ein Format haben, in dem Bund, Länder, Sozialpartner und die Bundesagentur für Arbeit zusammenarbeiten, um die Weiterbildung zu stärken. Auf der Nationalen Weiterbildungskonferenz im November dieses Jahres werden wir mit den Akteuren in den Austausch gehen.

Ein konkreter Beitrag des Bundesbildungsministeriums ist die verstärkte Qualifizierung von Weiterbildungsmentorinnen und -mentoren. Das sind Beschäftigte, die Kolleginnen und Kollegen auf Augenhöhe am Arbeitsplatz ansprechen, um für Weiterbildung zu motivieren und Hemmungen abzubauen. Insbesondere Geringqualifizierte in den Unternehmen wollen wir so besser erreichen. Für kleine und mittlere Unternehmen sollen auch überbetriebliche Mentoring-Angebote erprobt und aufgebaut werden.

Der Koalitionsvertrag verspricht auch, die NWS weiterzuführen mit einem »Schwerpunkt auf stärkere Standardisierung und Transparenz von Zertifikaten«. Ist das jetzt die Stunde der Microcredentials, die nach Empfehlung des EU-Rats genau hier ihre Pluspunkte haben und in der Weiterbildung verstärkt zum Einsatz kommen sollen?

Bei der Diskussion auf europäischer Ebene zu den Microcredentials müssen wir die von den einzelnen Mitgliedsstaaten gesetzten rechtlichen, strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen beachten. Für die berufliche Bildung in Deutschland bedeutet das konkret, dass wir Microcredentials nicht als Instrument im formalen Aus- und Weiterbildungssystem sehen. Wir sind hier meines Erachtens auch schon viel besser aufgestellt.

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau und die Standardisierung von Teilqualifikationen ein. Damit haben wir ein etabliertes, an den bestehenden Rahmenbedingungen ausgerichtetes Weiterbildungsangebot, das geeignet ist, insbesondere Personen über 25 Jahre ohne bzw. ohne verwertbaren Berufsabschluss Schritt für Schritt auf eine Abschlussprüfung vorzubereiten.

Zum anderen besteht seit Anfang dieses Jahres mit dem Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz (BVADIG) für Personen über 25 Jahre, die keinen verwertbaren Berufsabschluss erworben haben, aber langjährige Arbeitserfahrung vorweisen können, die Möglichkeit, ihre im Arbeitsleben erworbenen beruflichen Kompetenzen feststellen und bescheinigen zu lassen. Dieses Verfahren macht vorhandene Kompetenzen sichtbar für den Arbeits- und Bildungsmarkt. Das Verfahren eröffnet darüber hinaus Perspektiven, etwa mit dem Zugang zur höherqualifizierenden Berufsbildung. Der Koalitionsvertrag sieht hierfür ein Förderprogramm vor, um Teilnehmende bei den Kosten zu unterstützen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass in dem Zusammenspiel von Feststellungsverfahren, Teilqualifikationen und der Möglichkeit des Berufsabschlusses über die sogenannte Externenprüfung ein großes Potenzial für die Fachkräftesicherung steckt.

Weiterbildung gilt inzwischen als Schlüssel zur Bewältigung multipler gesellschaftlicher Herausforderungen: Integration zuwandernder Menschen, Fachkräftemangel und Transformation der Wirtschaft, Stärkung der Demokratie, verantwortlicher Umgang mit KI. Ist die hiesige Weiterbildungslandschaft Ihrer Einschätzung nach gut aufgestellt, um diesen Herausforderungen zu begegnen? Braucht es – wie es die OECD empfohlen hat – mehr Koordinierung über die Ebenen Bund, Länder und Kommunen hinweg?

Welche Unterstützungsleistungen sind geboten, z. B. zur Qualifizierung des Personals für diese anspruchsvollen Aufgaben?

Das Potenzial von Bildung für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen ist enorm. Und ja, in einem komplexen Bildungssystem, wie wir es in Deutschland haben, sollten alle Beteiligten voneinander wissen und im Austausch stehen.

»Altersübergreifende digitale Kompetenzoffensive«

Die Nationale Weiterbildungsstrategie ist dafür ein Vorbild: Bund, Länder, Wirtschaft, Gewerkschaften und die Bundesagentur für Arbeit haben sich zusammengetan, um Weiterbildung als festen Bestandteil beruflicher und unternehmerischer Entwicklung zu etablieren und eine gemeinsame Weiterbildungskultur in Deutschland zu schaffen. Und natürlich partizipieren und profitieren von diesen Diskussionen auch die angrenzenden Bildungsbereiche und die Arbeitsförderung.

Aber: Dass große Teile der Weiterbildung nicht reguliert sind, das ist – bei mehr Kooperation, Vernetzung und Sichtbarkeit – auch ein Wert. Die Vielfalt an Angeboten und das Nebeneinander und Ineinandergreifen von formaler, non-formaler und informeller Weiterbildung begreife ich auch als eine Stärke.

Ich bin auch Seniorenministerin. Deswegen ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass in der Bildungslandschaft auch für ältere Menschen Aufholbedarf besteht. Sie schneiden in so wichtigen Bereichen wie Gesundheitskompetenz, digitale Fähigkeiten oder Grundbildung am schwächsten ab. Sie stellen aber ein Drittel der Bevölkerung! Und doch bleiben sie bei Bildungsangeboten oft außen vor. Hier braucht es mehr und passendere Angebote sowie qualifizierte geragogische Fachkräfte. Genau da setzt das ESF-Plus-Programm »Bildung und Engagement ein Leben lang« (BELL) an, mit dem wir jetzt mit einem Gesamtvolumen von mehr als 25 Millionen Euro die Bildungschancen für Ältere gezielt stärken. Der nächste turnusgemäße Altersbericht soll unter der Überschrift »Alter und Bildung« stehen – davon verspreche ich mir wichtige neue Erkenntnisse.

Welche Vorteile bringt es für die Weiterbildungspolitik, dass jetzt alle Bildungsetappen unter einem Ministeriumsdach vereint sind?

Der neue Zuschnitt des Ministeriums eröffnet uns viele neue Möglichkeiten, Bildung in lebensbegleitender Perspektive zu gestalten, von frühester Kindheit bis ins Alter. Dabei werden wir formale und non-formale Bildung, aber auch das informelle Lernen, zum Beispiel im Sportverein oder beim Museumsbesuch, mitdenken.

Erklärtes Ziel der EU ist es, dass 2030 mindestens 80 Prozent der Bevölkerung über grundlegende digitale Basiskompetenzen verfügen. Deutschland liegt nach unterschiedlichen Messungen aktuell bei um die 50 Prozent. Um dem Ziel näher zu kommen, ist es essenziell, entlang der gesamten Bildungsbiografien der Bürgerinnen und Bürger die Digitalkompetenzen zu stärken. Daher hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag festgehalten, eine altersübergreifende digitale Kompetenzoffensive zu

starten. Nur mit ausreichenden Digital-, Medien-, Daten- und KI-Kompetenzen kann der oder die Einzelne die digitale Transformation aktiv mitgestalten und daran teilhaben.

Schon bisher wurden Projekte zur digitalen Bildung, wie der Digitalpakt Alter oder das mobile Angebot »Digitale Engel«, vom Bundesseniorenministerium erfolgreich gefördert. Im Zusammenschluss mit dem Bildungsressort können wir jetzt dieses Engagement nicht nur fortführen, sondern Ziele und Ressourcen sogar stärker miteinander verzahnen und kommen zu mehr Reichweite.

Digitalisierung und KI behandeln wir querschnittlich und übergreifend – nicht in Silos, sondern in Netzwerken. Wir müssen aber auch die jeweils unterschiedlichen fachlichen Besonderheiten berücksichtigen. Wir setzen also mehrere Brillen auf, wollen aber ein gemeinsames Bild. Dafür schaffen wir die passenden Strukturen im neuen Ministerium. Und einen neuen gemeinsamen strategischen Ansatz.

Bleibt die Idee eines digitalen Ökosystems für die gesamte Bildungskette, wie es unter dem Stichwort »Mein Bildungsraum« geplant war, auch in Zeiten noch knapperer Kassen auf der Agenda?

Das Bundesbildungsministerium hatte zum 1. Juli 2024 den damaligen Entwicklungsstand der Vernetzungsinfrastruktur an die Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND) übergeben und diese mit der Weiterentwicklung und Erweiterung beauftragt. Der Fokus von SPRIND liegt hierbei auf der Zertifizierung und Verwaltung von Bildungsnachweisen und Daten. In verschiedenen Bundesländern finden aktuell Pilotierungen zur Siegelung von realen Abiturzeugnissen statt, teilnehmende Hochschulen können die digitalen Zeugnisausfertigungen auf Echtheit und Gültigkeit prüfen.

Die Bildungsforschung ist Ihrem Haus erhalten geblieben. Wie ist Ihre Einschätzung als Politikerin, die mit den Ergebnissen arbeiten können sollte: Hat die bundesgeförderte empirische Bildungsforschung relevante Fragen bearbeitet? Was kann Ihr Ministerium dazu beitragen, die breite Implementierung wirksamer Konzepte zu unterstützen?

»Digitalisierung und KI behandeln wir querschnittlich und übergreifend – nicht in Silos, sondern in Netzwerken.«

Die Empirische Bildungsforschung ist in Deutschland gut aufgestellt, sowohl an Hochschulen als auch an außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie denen in der Leibniz-Gemeinschaft.

In den vergangenen Jahren hat die Bildungsforschung zunehmend einen Blick auch auf Praxiswirksamkeit gerichtet, und das ist gut so. Das unterstützen wir ausdrücklich mit unserem Rahmenprogramm zu empirischer Bildungsforschung. Sowohl im Rahmenprogramm selbst als auch in den zugehörigen Förderbekanntmachungen spielt der Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse von der Forschung in die Praxis eine große Rolle.

Ein neuer Schwerpunkt liegt deshalb auf der Implementierungsforschung und der Skalierung von Best Practices, um wirksame Bildungsansätze breit und nachhaltig zu verankern.

Dass die Bildungsforschung Teil des Ministeriums für gesellschaftlichen Zusammenhalt ist, bietet eine zusätzliche hervorragende Voraussetzung, um wirksame Konzepte noch besser in die Praxis umzusetzen: Bildungsforschung ist jetzt in einem Haus angesiedelt, das sich intensiv mit dem frühkindlichen Bereich bis hin zum Lernen älterer Menschen beschäftigt, so dass es schon eine Reihe von Punkten gibt, an die wir mit dem Thema Bildungsforschung im neu strukturierten BMBFSFJ anknüpfen können.

Ich selbst habe mir vorgenommen, die Zusammenarbeit mit allen Stakeholdern und insbesondere mit den Ländern weiter zu stärken, weil ich glaube, dass Bildung in Deutschland institutionenüberschreitende Aktivitäten dringend nötig hat. Nicht umsonst heißt ja eines der vier Handlungsfelder im Rahmenprogramm »Kooperation für qualitativ hochwertige Bildung«.

Sehr geehrte Frau Ministerin, wir danken herzlich für das Gespräch und wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer verantwortungsvollen Aufgabe.